

Erzgebirgischer Volksfreund

Das „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonat-Abonnementskarte im Vierteljahrspreis 18 50 (Abonnementskarten mit Colonat-Abonnements 18), monatlich 25, für die 50 mm breite Vierteljahrskarte 20, monatlich 100, für die 90 mm breite Colonat-Abonnementskarte 25, monatlich 100.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225.
Erscheinungs-Adresse: Ver. Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johannegeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Jahrespreis: Mark 24 und 26. Einzelhefte Mark 40. Schwarzenberg 18, Schneeberg 2005. Druckort: Leipzig, Verlagsdruckerei

Wichtiges: Man achte für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptvertriebsstellen. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Nummern am vorgeführten Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Nummern. — Für Rückgabe von verlegt eingelebten Schillingen übernimmt die Gesellschaft keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Jubiläumsgeschenken und Konten gelten Rabatte als nicht vereinbart. Hauptvertriebsstellen in Aue, Adolph, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 33.

Mittwoch, den 8. Februar 1928.

81. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Folgende im Grundbuche für Schneeberg auf den Namen des Schlossermeisters Bernhard Arthur Selmann in Schneeberg eingetragenen Grundstücke sollen

den 30. März 1928, vormittags 9 Uhr,

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden:

1. Blatt 337, nach dem Flurbuche 1,5 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 11 190 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 8500 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72).

Es besteht aus einem massiven Hintergebäude mit zwei Schuppen und grenzt an das am Marienplatz in Schneeberg gelegene Wohngebäude;

2. Blatt 338, nach dem Flurbuche 18,9 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 22 820 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 15 200 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72).

Es besteht aus dem am Marienplatz in Schneeberg gelegenen Wohngebäude mit Keller und Hofraum.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 41).

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 20. Dezember 1927 verlaufenden Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruchs des Gläubigers und den übrigen Nachstehenden nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Schneeberg, den 3. Februar 1928. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 377 des Handelsregisters die Zwickauer Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Niederschlema, in Niederschlema, Zweigniederlassung der Aktiengesellschaft Zwickauer Maschinenfabrik in Zwickau betr., ist heute eingetragen worden,

den, daß dem Ingenieur Johannes Martin Andra in Niederschlema Procura für die Zweigniederlassung in der Weise erteilt worden ist, daß er die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem 2. Prokuristen vertreten darf.

Amtsgericht Schneeberg, den 26. Januar 1928.

Mittwoch, den 8. Februar 1928, mittags 12 Uhr soll in Albernau ein großer Holzschuppen mit Ausbau meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Dieter sammeln im Gasthaus Albernau.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Ein Hund (Zwerghund) zugekauft. Besondere Kennzeichen: Brust- und Kopf gelb; schwarzer Sattel. Das Tier ist ungefähr zwei Jahre alt. Falls das Tier innerhalb drei

Tagen nicht abgeholt sein sollte, wird darüber verfügt werden. Schwarzenberg, den 6. Februar 1928.

Der Rat der Stadt — Polizeiamt.

Die Zahl der Hauptanschlüsse des Ortsteiles Breitenbrunn beträgt jetzt mehr als 50. Nach § 4, II 2 und § 16, II 2 der Fernsprechnordnung vom 15. Februar 1927 ist daher vom 1. April 1928 an für jeden Hauptanschluß, der nicht weiter als 5 Km. von der Vermittlungsstelle entfernt ist, monatlich eine Grundgebühr von 4 RM. und die Gebühr für mindestens 30 Ortsgespräche zu entrichten. Der Bombenertrag der den Teilnehmern nicht anzurechnenden Ortsgespräche — 3 v. F. — bleibt unverändert.

Chemnitz, 3. Februar 1928.

Oberpostdirektion.

Nachruf.

Am vorigen Freitag ist unser langjähriges Mitglied

Herr **Verwaltungsstellenvorstand i. R.**

Friedrich Albin Krauss

vom Herrn heimgerufen worden. Mit unermüdlichem Eifer hat er stets die Interessen der Landeskirche und besonders seiner Kirchgemeinden vertreten, denen er gedient hat. Seit 1894 war er Mitglied des Kirchenvorstandes Beierfeld. Als Sachsenfeld in die Parochie der Georgenkirche zu Schwarzenberg im Jahre 1916 übergang, wurde er hier Kirchenvorsteher und später auch Kirchgemeindevorsteher. Er hat zur Entstehung des Johannfriedhofes in Sachsenfeld und seiner Kapelle beigetragen. Seit seinem Bestehen war er Friedhofsinspektor und Vorsigender des Friedhofsausschusses. Außerdem hat er im Gesetz- und Verfassungsausschuß mitgearbeitet. Mit reicher Kenntnis und wertvollem Rat hat er zur Förderung der Kirchgemeinde beigetragen. Er war ein Mann von schlichter Demut und frommer christlicher Gesinnung. Für seine Treue rufen wir ihm ein

„Habe Dank“

in die Ewigkeit nach. Sein Gedächtnis bleibt unter uns im Segen.

Schwarzenberg, den 7. Februar 1928.

Der Kirchenvorstand und die Kirchgemeindevorstellung der Georgenkirche.

Hauße, 1. Pfarrer und Vorsigender.

Französische Zähigkeit.

Kontrolle über Deutschland. Österreich soll neutralisiert werden.

Die Franzosen werden in der Zähigkeit, sich durchzusetzen, so leicht von keinem Volke übertroffen. Sie lassen sich durch keine Mißerfolge entmutigen und verlieren ihre Ziele keinen Augenblick aus den Augen. Andere Nationen könnten sich an ihnen ein Beispiel nehmen.

Der alte Gedanke, den Rhein zum Grenzstrom zwischen Frankreich und Deutschland zu machen, ist in Paris keineswegs aufgegeben. Wenn augenblicklich die Aussichten auf eine restlose Erfüllung der französischen Rheinlandpläne auch nicht besonders günstig sind, so läßt man doch nicht davon ab. Es wird auf lange Sicht gearbeitet.

Der neueste Plan ist die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission als eine der Gegenforderungen für die eventuelle Zurückziehung der Besatzung. Dabei wird im unklaren gelassen, ob die Kontrolle im ganzen Reichsgebiet oder nur in einer Zone am Rhein wirksam werden soll. Gleichwohl: die geforderte Kontrolle ist als Glied in der Kette der französischen Anstrengungen, das linke Rheinufer zu erhalten, anzusehen. Dr. Briand hatte den Kontrollgedanken in seiner letzten Rede amtlich formuliert, nunmehr wird er in der französischen Presse eingehend behandelt, um nach und nach die öffentliche Meinung in den maßgebenden Ländern, besonders in England, mit ihm vertraut zu machen. Es wird sich im Laufe der Zeit schon eine Gelegenheit finden, wo er — vielleicht als Außenhandelsobjekt — verwirklicht werden kann. Eben hat der französische Abgeordnete Marcel Plaisant in einer Rede erklärt:

Die Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung müssen eine auf einen sehr kurzen Zeitraum gehobene Räumung des Rheinlandes ins Auge fassen. Je mehr Zeit bis 1935 vergeht, um so mehr vermindert sich der Wert des Unterpfandes und um so mehr geht die Möglichkeit zurück, Verhandlungen anzubahnen. Die Abtretung eines wesentlichen politischen Wertes kann aber nicht ohne eine Gegenleistung von gleichem politischen Wert erfolgen. Wenn es Rheinland von den Franzosen

verlassen wird, fordern wir die Einsetzung einer künftigen internationalen Kontrollkommission, damit für dieses Gebiet der Zwietracht wirkliche Garantien bleiben.

Dr. Plaisant ist nicht nur Abgeordneter, er ist vor allem auch Delegierter beim Völkerbund und deshalb besonders geeignet, die Gedanken der Poincaré und Briand der Welt plausibel zu machen.

Auch auf anderen Gebieten wird von den Franzosen castlos gegen Deutschland gearbeitet. Die Anschließungsmöglichkeit liegt ihnen schwer im Magen. Schließlich könnten die Deutschstämmigen doch einmal energisch werden und einen an sich natürlichen Gedanken durchsetzen. Dagegen möchten alle möglichen Garantien geschaffen werden. So ist man in Paris auf den Gedanken verfallen, Wien zum Sitz des Völkerbundes zu machen. Mit der Hauptstadt soll Deutsch-Osterreich gewissermaßen neutralisiert und damit dem Anschlußgedanken der Boden entzogen werden. Diese Kalkulation ist, vom französischen Standpunkt aus gesehen, so übel nicht. Gewisse, nicht unmaßgebliche Wiener Kreise werden sie mit einem erfreuten Aß die Hand quittieren. Und auch in Berlin würde manchem sog. Politiker oder Staatsmann ein Stein vom Herzen fallen, wenn auf diese Weise ein Dilemma aus der Welt geschafft würde, das im Laufe der Zeit recht peinlich geworden ist.

Den vernünftigen Anschlußbestrebungen würde die Ausföhrung des Planes, der natürlich sofort mit seinem Entstehen demontiert wurde, nichts schaden. Sie können doch erst verwirklicht werden, wenn Deutschland wieder eine Macht geworden ist. Bis dahin ist die Anschlußbewegung doch nur eine Spielerei. Und ist Deutschland groß und kräftig, dann wird es sich vom Völkerbund, auch wenn er in Wien sitzt, nicht hindern lassen, das, was es als notwendig erkannt hat, zu tun.

England und die Rheinlandräumung.

London, 6. Febr. „Observer“ schreibt: Wenn die britische Regierung jetzt ehrlich von Briand als Hindernis für die Rheinlandräumung angesehen wird, dann kann Stresemann sicher sein, daß die Rheinlande so gut wie geräumt sind. Natürlich ist sie nicht das Hindernis. Eine neue Erörterung über die Rheinlandbesetzung kann nicht schaden. Locarno und der gesunde Menschenverstand haben seit langem auf die völlige Räumung der Rheinlande hingedeutet.

Ein Dementi, das zu erwarten war.

Genf, 6. Febr. In maßgebenden Kreisen des Völkerbundssekretariats wird auf Anfrage erklärt, daß die jetzt von neuem in Umlauf gesetzten Gerüchte über eine Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien jeglicher Grundlage entbehren.

Die saarländischen Sozialisten verlangen Rückkehr zum Reich.

Saarbrücken, 6. Febr. Auf dem am Sonntag hier tagenden Parteitag der saarländischen Sozialdemokratie wurde eine Entschließung angenommen, in der als die einzige Möglichkeit einer Lösung der großen Schwierigkeiten, die besonders hart die deutsche Arbeiterschaft an der Saar treffen, nur die baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reich erblickt wird.

Das Schulgesetz.

Berlin, 7. Febr. Die „Germania“ wendet sich gegen die auch in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß die Besprechungen über das Reichsschulgesetz bereits gescheitert seien, und schreibt, daß trotz der Erkenntnisse, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben haben, und trotz der Erkrankung des Reichskanzlers, dennoch die Versuche fortgesetzt werden, zu einer einigenden Formel zu gelangen. Sei es auch durchaus nicht sicher, daß eine Einigung gefunden werden könne — wenigstens nach dem Stand der Dinge, wie er gegenwärtig zu verzeichnen ist — so möchte man hoffen, daß noch die bessere Einsicht siege, um so mehr, als die Volkspartei einsehen sollte, daß ihr Antrag selbst nach dem Wortum von Staatssekretär Zweigert verfassungsändernd und deshalb im Parlament nicht durchzubringen sei. Dem Gerede aber müsse entschieden entgegengetreten werden, daß das Schulgesetz und sein Schicksal noch auf Wochen hinaus vertagt werden könne.